

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverarbeitungsindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 6 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 5. Februar 1915

Inhalt: Beitragsleistung. — Zentraltarifverhandlungen für die Lederverarbeitungsindustrie Deutschlands. — Wachsen. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rundschau. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 7. bis 13. Februar ist der 7. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbandsgegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Zentraltarifverhandlungen für die Lederverarbeitungsindustrie Deutschlands.

Die vom Vorstand unseres Verbandes eingeleiteten Schritte beim Kriegsministerium zwecks Aushandlung von Verhandlungen mit der Verwaltung des Kriegs-Lederverarbeitungsverbandes, um den Beschluß des „Klab“ wieder rückgängig zu machen, wonach in allen Betrieben der Lederverarbeitungsbranche im Deutschen Reich ab 15. Januar höchstens nach den Sätzen des Berliner Tarifs plus bis 33 1/2 Proz. Kriegszuschlag entlohnt werden darf, haben einen überraschend schnellen Erfolg gezeitigt. In einer knapp gefassten Denkschrift an das Kriegsministerium, deren Inhalt sich teilweise mit dem Artikel in Nr. 4 unseres Verbandsorgans deckt, hat der Vorstand und die Tarifkommission auf die Lohnkreisläufe und deren ungewünschte Auswüchse, besonders aber auf die Verdrängung höherer Lohnsätze in den neuerrichteten Betrieben und für die berufsfremden Arbeiter hingewiesen und gewünscht, bei der Festsetzung von Lohnbestimmungen mitwirken zu dürfen. Erfolgreicherweise hat der Leiter der Verarbeitungsabteilung des Kriegsministeriums sich in wenigen Tagen entschlossen, mit den Vertretern des „Klab“ und dem Verbandsvorstande in Verbindung zu treten und Schritte zu erwägen, wie es möglich sei, eine ernste Beunruhigung in der Herstellung von Lederverarbeitungsgeräten zu vermeiden. In drei ganz unverbindlichen Vorbesprechungen einigte man sich dahin, so schnell wie irgendmöglich Verhandlungen anzubahnen, in denen nicht nur von obigem Beschluß geredet, sondern auch ein Reichstarif für das Lederverarbeitungsgebiet geschaffen werden soll. Dieser Reichstarif, ein langgeheiter Wunsch vieler Fabrikanten und der Militäratmer, soll einheitliche Bestimmungen über die Arbeitszeit und Affordlöhne während der Friedenszeit enthalten. Die Kriegszuschläge bedürfen einer von Fall zu Fall zu regelnden Vereinbarung. Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und weil eine eingehende Vorbereitung und Mitarbeit unserer Mitglieder wegen des Kriegszustandes nicht möglich war, zudem an den Verhandlungen nicht mehr wie sieben Personen von jeder Seite teilnehmen durften, beschloß der Vorstand und Ausschuß, neben den vier beabsichtigten Gausleitern einen Vertreter der Berliner Ortsverwaltung und noch drei Mitglieder der Zentraltarifkommission einzuladen. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine Konferenz anzuberufen, zu der noch in Arbeit stehende Militäratmer aus den hauptsächlich in Betracht kommenden Industriegebieten zuzuziehen sind. Auch wurde in Eile ein Tarifvertragsentwurf als Grundlage der in Aussicht

stehenden Verhandlungen ausgearbeitet. Auf diese Weise wurde alles getan, um die Kollegen-schaft bei dem Zustandekommen eines Reichstarfs mitwirken zu lassen und die Beratungen zu einem gedeihlichen Ende für die Arbeiterschaft zu führen.

Die Verhandlungen begannen Dienstag, den 26. Januar, in den Räumen des Berliner Kaufmannsgerichts. Sie wurden abwechselnd von dem Fabrikanten Herrn Bachhaus-Berlin und unserem Vorsitzenden Kollegen Blum geleitet. Kollege Weinshield war als Protokollführer bestellt. An den Beratungen nahmen teil: Sieben höhere Offiziere vom Kriegsministerium und der Verleiderungsabteilung, zwei höhere Offiziere der Feldzeugmeisterei, ein Vertreter der königlichen Artillerieverwaltung Spandau; von den Arbeitgebern die Herren: Eckardt, G. Reinhardt und W. Bachhaus aus Berlin, Lömer-Neu-Ilm, Gust. Steinmetz-Breslau, Karl Busse und Richard Kahn aus Offenbach a. M., als Vertreter des Bundesvorstandes Deutscher Sattlermeister Herr W. Ludwig-Berlin, und als Vertreter der Berggenossenschaft der Sattlermeister Berlins Herr Wassermann.

Von den Arbeitnehmern die Kollegen: Busch-Weipzig, Höf-Offenbach, Mg-Stuttgart, Schneider-Warmen, Schulze, Kiesel, Ahmann und Herrmann-Berlin.

Als Gäste wohnten den Verhandlungen bei die Herren: Arnade-Görlitz, Dr. Cray-Offenbach, Fr. Cobau-Berlin.

Herr Oberstleutnant von Feldmann begrüßte die anwesenden Vertreter und sprach die Hoffnung aus, daß die Beratungen in allen Teilen einen befriedigenden Erfolg haben mögen, um auch noch außen die Einigkeit aller Stände zu dokumentieren, und daß alle bestrebt sein werden, alles zu tun, was im Interesse des Vaterlandes und seiner Verteidigung liegt.

Wie wir bereits in der vorigen Nummer unserer Zeitung kurz mitteilen, wurde über die Aussetzung des Beschlusses des Kriegs-Lederverarbeitungsverbandes verhandelt, da seine Befolgung eine große Beunruhigung im Gewerbe bereits hervorgerufen hat und die Gefahr bestand, die schnelle und gute Ausführung von Ausriistungsgütern zu beeinträchtigen. Die Herren Vertreter des Kriegsministeriums und des „Klab“ konnten sich den wichtigsten Argumenten nicht verschließen. Einmütig wurde unserem Wunsch stattgegeben und beschlossen, bis zum Tage des Inkrafttretens des neuen Tarifs die bisher in jedem Betriebe vereinbarten Löhne ungeändert weiterzugeben.

In der Generaldebatte über den von den Arbeitgebern vorgelegten Tarifvertragsentwurf wurden die Richtlinien für den Verlauf der Verhandlung festgelegt. Zuerst wurde die Festsetzung der Arbeitszeit behandelt und die 52stündige Arbeitszeit gefordert. Die Arbeitgeber glaubten, darauf nicht eingehen zu können, weil an vielen Orten noch die 55- bis 60stündige Arbeitszeit bestünde. Die Arbeitervertreter betonten, daß in den hauptsächlich in Betracht kommenden Fabrikationsorten für die Lederverarbeitungsbranche die 52- bzw. die 54stündige Arbeitszeit bereits seit Jahren festgelegt und in vielen Branchen der Lederverindustrie kürzer ist; hauptsächlich in Berlin ist die 52stündige Arbeitszeit vorherrschend, weshalb hier auch auf der Forderung bestanden werden mußte. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde dieser Punkt bis zuletzt zurückgestellt.

Bezüglich der Ueberstunden wurde vereinbart, daß Affordarbeiter für die ersten beiden

Ueberstunden einen Zuschlag von 15 Pf., für die dritte Ueberstunde und Sonntagsarbeit 25 Pf. erhalten; bei Zeitlohnarbeitern wurde eine prozentuale Vergütung von 25 Proz. bzw. 33 1/2 Proz. festgelegt. Die Mindeststundenlöhne für Zeitlohnarbeiter wurden für das ganze Deutsche Reich als Grundlöhne einheitlich festgelegt, wozu den Teuerungsverhältnissen jedes Ortes bzw. Wirtschaftsgebietes entsprechend prozentuale Zuschläge nach vier Klassen geordnet zu zahlen sind, und zwar 5, 10, 15 und 20 Proz. In einem besonderen Verzeichnis werden die einzelnen Orte, die für jede Klasse in Betracht kommen, aufgeführt.

Es betragen die Mindeststundenlöhne (als Grundlohn) für

- gelernte Sattler im Alter über 20 Jahren 50 Pf.,
- gelernte Sattler im Alter unter 20 Jahren 42 Pf.,
- Hilfsarbeiter im Alter über 20 Jahren 40 Pf.,
- Hilfsarbeiter im Alter unter 17 Jahren 30 Pf.,
- Hilfsarbeiterinnen 22 Pf.,
- Ledersepperinnen 30 Pf.,
- sonstige Näherinnen 25 Pf.

Die Löhne für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unterliegen der freien Vereinbarung mit der Einschränkung, daß an jedem Ort, in dem Jugendliche in größerer Anzahl beschäftigt werden, die Löhne durch die örtliche Schlichtungskommission festzusetzen sind. Befordert wurde eine durchschnittliche Erhöhung der Stücklöhne um 15 Proz., mit der Maßgabe, daß auf schlechter bezahlte Artikel ein höherer Zuschlag, auf besser bezahlte ein niedrigerer Zuschlag kommt. Dieser Punkt soll bei Festsetzung der Stücklöhne mitbehandelt werden. Beschlossen wurde, daß die Stücklöhne für das ganze Deutsche Reich gleich hoch sein müssen. Sie werden in einem besonderen Verzeichnis als Anhang zu dem Tarif aufgeführt. Dieses Verzeichnis ist an leicht zugänglicher Stelle sichtbar auszubringen. Die Arbeitgeber sind gehalten, für alle von ihnen ausgegebenen Arbeiten, gleichgültig ob an Werkstatte- oder Heimarbeitern, mindestens die im Verzeichnis aufgeführten Löhne zu zahlen. Aus der Lohndebatte ist besonders bemerkenswert, daß die Herren Arbeitgeber anerkannten, daß sich im Verfolge der verteuerten Lebenshaltung eine Erhöhung der Löhne notwendig macht. Wenn vielfach in der Herstellung von Lederverarbeitungsgeräten bisher niedrigere Löhne gezahlt wurden, so lag das an den unbilligen Konkurrenzverhältnissen bei den Submissionen; jetzt zählt die Militärbehörde an allen Orten für jeden Artikel die gleichen Preise, die auch vielfach höher sind als die bisher bewilligten, weshalb eine Lohnerhöhung gerechtfertigt erscheint. Von dem Vertreter der Artillerieverwaltung wurde betont, daß die Zimmungsmeister für Kriegsarbeiten einen Zuschlag von 75 Proz. erhalten, wozu sie 30 Proz. an die Arbeiter abführen müssen; 45 Proz. verbleiben zur Deckung ihrer Herstellung- und Transportkosten sowie Unternehmergewinn.

Einem Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Debatte über die Befestigung des Zwischenmeisterstems und Einschränkung der Heimarbeit. Die Herren Arbeitgeber glaubten das Zwischenmeisterstems besonders in Schutz nehmen zu müssen, da es sich bei der Lieferung von Kriegsarbeiten ganz

hervorragend bewährt haben soll; es sei eine patriotische Schlußfolgerung, sie auch nach dem Kriege weiter mit Arbeit zu versorgen. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß das Zwischenmeister-system ein Arbeitschaden hier sowohl wie überall ist und von den Gewerkschaften im Interesse der Volksgesundheit aufs äußerste bekämpft wird. Nicht Patriotismus ist die Triebfeder der Zwischenmeister, sondern lediglich wollen sie durch Ausnutzung ihrer Hilfskräfte für sich hohen Gewinn heraus schlagen. Verschiedene Beispiele wurden angeführt, wonach sie die Stücklöhne um mehr als 50 Proz. unter dem bisher geltenden Lohnsatz bezahlten und wodurch Zustände hervorgerufen sind, die noch schlechter als in der Konfektionsindustrie sind. So schwer wie die Fabrikanten jetzt bei den Kriegsarbeiten die Konkurrenz der Zwischenhändler und Schieber empfinden und als eine Schädigung der ganzen Industrie betrachten, so schwer empfinden auch die Arbeiter das Zwischenmeister-system als Schädigung ihrer Interessen. Wenn die Arbeiterkraft gern bereit ist, bei der Auslastung der Zwischenhändler alles zu tun, was nur irgendmöglich ist, um die Industrie vor Parastellen zu befreien, so könnte man auch von den Arbeitgebern verlangen, daß sie mit uns vereint das Zwischenmeister-system abschaffen. Die Geeresverwaltung als einziger Auftraggeber hat ein großes Interesse daran, daß die von ihr verlangte Ware ohne Schädigung des Volkswohles hergestellt wird und die Arbeitsbedingungen in allen Teilen muntergültig sind. Auch liegt es im Interesse der Landesverteidigung, unsere Soldaten vor Anstufungsgefahren zu schützen, die doch in den unfortwährenden und ungeliebten Arbeitsstätten der Heimarbeit ihre Brutalität haben. Diese Ausführungen haben auf die Vertreter der Arbeitgeber sichtlich Eindruck gemacht. Herr Wasthaus erklärte sich bereit, alles zu versuchen, die angeführten Mängel zu beseitigen, nur müßte Vorzüge getroffen werden, daß die Erziehung der Jungemeister und selbständigen Handwerker nicht gefährdet wird. Er wies auch weiter darauf hin, daß die Zwischenmeister sehr bald Gesichtswort am Unternehmerprofil bekämen und nach kurzer Zeit der Geeresverwaltung Angebots machen. Da ihnen jedoch oft die fachtechnischen Vorkenntnisse fehlen, können unbrauchbare Geeresausstattungsstücke zustande, wodurch eine unverantwortliche Verschwendung des so notwendigen Materials verursacht wird. Die Arbeitervertreter erklärten auch, daß ihnen viel daran liegt, eine gute Arbeit der Geeresverwaltung liefern zu wollen, was jedoch nur in geordneten Betrieben unter gewissen Arbeitsverhältnissen geschehen kann.

Die Unterstellung, als wollten sie mit der Vereinstimmung des Zwischenmeistersystems die Heimarbeit unter ihre Vormachtigkeit bringen, entspricht nicht den Tatsachen. Die intelligente Arbeiterkraft, gleichgültig ob Werkstatt- oder Heimarbeiter, gehöre bereits der gewerkschaftlichen Organisation an. Nicht zu vergessen sei, daß die Heimarbeit in der Leder- und Schuhindustrie schon seit Jahren tariflich geregelt sei. Wenn sie während des Krieges an Ausdehnung zugenommen hat, so hat die Arbeiterorganisation aus Grund der Kriegsverhältnisse es stillschweigend gestattet. Diesen Hebelstand aber dauernd zu erhalten, liegt keine Veranlassung vor, um so weniger, als die meisten Heimarbeiter die Militärarbeit während des Krieges nur als Notstandsarbeit betrachteten und wieder froh wären, wenn sie Beschäftigung in den von ihnen erlebten Verufen finden könnten. Nur die untauglichen Elemente machen sich das Zwischenmeister-system zunutze; diese zu schützen, liegt keine Veranlassung vor.

Wer ein warmes Herz für die Heimarbeiter und Landmeister hat, müßte unbedingt dafür sein, daß ihnen zu den Stücklöhnen noch besondere Vergütungen für Miete des Arbeitsraumes und sonstige Auslagen gewährt werden. Ganz besonders müßte er für die Vereinstimmung der jährlichen Zustände eintreten, unter denen die Heimarbeiter zu leiden haben. Die Kleinmeister hätten während der Kriegszeit in den Fabrikbetrieben bei verhältnismäßig anständigem Lohn arbeiten können, sie wollten aber nicht. Unter anderem hatte die Artilleriewerkstatt in Münden sich bereit erklärt, Landmeister bei einem Tagelohn von 10 Mk. einzustellen. Sie sind aber auf dieses Angebot nicht eingegangen oder haben recht bald diese alte Verdingmännlichkeit wieder aufgegeben. Selbst wollen sie nicht arbeiten; profitabler erscheint ihnen, Hilfskräfte auszunutzen. Ist das Vaterlandsliebe, sollen sie dafür besonders belohnt werden? Leute, die als Zwischenhändler gearbeitet haben, verdienen keineswegs den besonderen Lohn der Fabrikanten.

Zur Ehre aller Verhandlungsteilnehmer sei hier festgehalten, daß sie einsehen, ein Fortbestehen des Zwischenmeister-systems und eine uneingeschränkte Heimarbeit ist ein großer Arbeitschaden für die ganze Leder- und Schuhindustrie. Die Debatte wurde mit der Annahme folgender Fassung für den Tarifvertrag gefaßt:

Heimarbeit und Zwischenmeister-system.

a) Für deutsche Militärarbeiten dürfen Arbeitnehmer unter 45 Jahren als Heimarbeiter nicht beschäftigt werden. Von dieser Bestimmung sind ausgenommen körperlich geachtliche Personen, denen das Arbeiten in der Fabrik Peinliche verrichten oder die durch vorübergehende Krankheit in der Familie an das Haus gebunden sind. Desgleichen Zwittermeister, die eine dreijährige Selbständigkeit nachweisen können, in der Hauptfache Privatarbeit betreiben und nicht mehr als zwei Hilfskräfte beschäftigen. Die Hilfskräfte müssen nach tariflichem Zeit- oder Stücklohn bezahlt werden.

b) Heimarbeiter erhalten die für die Werkstattarbeiter geltenden Stücklöhne.

c) Werkstattarbeiter und Arbeiterinnen dürfen weder Arbeit für zu Hause annehmen, noch darf ihnen Arbeit für zu Hause vom Unternehmer oder dessen Stellvertreter angeboten werden.

d) Den Arbeitgebern ist es verboten, Werkstattarbeiter anderer Betriebe als Heimarbeiter oder nach Feierabend oder Sonntags in der Werkstatt zu beschäftigen.

e) Zwischenmeister dürfen in Friedenszeiten für deutsche Militärarbeit nicht beschäftigt werden. Sofern in Kriegzeiten sich ein Bedürfnis für Beschäftigung von Zwischenmeistern geltend macht, kann durch die im § 8 vorgesehene Zentraltarifkommission auf Antrag die Beschäftigung von Zwischenmeistern gestattet werden. Der Hauptunternehmer verpflichtet sich, die Zwischenmeister anzustellen, die in seinem Betrieb bezahlten tariflichen Zeit- und Stücklöhne zu zahlen.

f) Auslandsarbeit darf nur an solche Heimarbeiter gegeben werden, die einen eigenen Hausstand haben.

Wir glauben nicht zuzusetzen zu behaupten, wenn wir sagen, die Regelung vorstehender Bedingungen wird viel zur Befriedigung der Arbeitsverhältnisse in der Branche beitragen und vorbildlich auch für andere Industriezweige wirken.

Auch die Bestimmungen über die örtliche Schlichtungskommission und das Zentraltarifamt, die geeignet sind, die Einbindung der tariflichen Bestimmungen zu überwinden und Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, waren Gegenstand angeregter Debatten.

Es wurde beschlossen, an jedem Fabrikationsorte der Leder- und Schuhindustrie eine Schlichtungskommission zu wählen, deren Wechselseitig für sämtliche Betriebe des Fabrikationsortes bindend sind. Vereinstimmung ist unter Zustimmung der beiderseitigen Zentralorganisationen zulässig. Außerdem hat das Zentraltarifamt die Aufgabe, die Erneuerung oder Verlängerung des Vertrages vorzubereiten; der Sitz ist in Berlin.

Beschlissen wurde ferner, daß für Kriegsarbeiten ein Zuschlag gezahlt werden muß, deren Höhe die Zentraltarifkommission festsetzt. Die vor dem 1. August beendeten besseren Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Sondervereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche die dem Vertrag zuwiderlaufen und die geeignet sind, dessen Bestimmungen zu umgehen, sind unzulässig. Nachregelungen und Entlassungen aus Anlaß der Migration für den Tarif oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden.

Die Regelung der Arbeitspreise, die in einem besonderen Verzeichnis aufgeführt werden und für alle Betriebe im Deutschen Reich unbedingt die gleichen sein müssen, nahmen die Art von zwei Verhandlungstagen in Anspruch.

Nachdem über die Stücklöhne eine Einigkeit erzielt war, gelangte die Frage des Kriegszuschlages zur Erörterung, wobei der Vertreter des Kriegsministeriums die Vereinstimmung eines Kriegszuschlages durchaus nicht anerkennen konnte. Er hob besonders hervor, daran zu denken, daß Millionen von Arbeitern mit ihrem Körper sich zum Schutz des Vaterlandes zur Verfügung stellen. Wie die Verhältnisse sich entwickeln werden, wird der Arbeitgeber nicht in der Lage sein, den Kriegszuschlag abzuschaffen. Trotzdem das Kriegsministerium daran festhält, ein Kriegszuschlag sei unbedenklich, empfahl Herr Oberleutnant v. Feldmann, nicht über das hinaus zu gehen, was die Arbeiter nach dem bisherigen Berliner Tarif plus Kriegszuschlag verdient haben. Er machte unserem Verbande den Vorwurf, daß er seine Macht nicht gebraucht hat, seine Mitglieder anzufachen, nicht höhere Löhne als nach Berliner Tarif plus 30 Proz. Kriegszuschlag zu fordern bezw. anzunehmen.

Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß die Arbeitervertreter mit Geschick und Energie die Vereinstimmung des Kriegszuschlages und die erhöhten Löhne im Interesse der berufsfremden Arbeiter verteidigten. Nach mehrstündiger Debatte wurde beschlossen, daß auf die neuvereinbarten Löhne 20 Proz. auf, auf Tornierler 30 Proz. auf Arbeiten der Artillerie-

werkstatt 10 Proz. Kriegszuschlag gewährt werden soll, einschließlich für Zeitlohnarbeiter wurde vereinbart:

Die Zuschläge für Lohnarbeiter und Arbeiterinnen sollen während des Krieges in bisheriger Weise weiter gezahlt werden, jedoch müssen während des Krieges die vereinbarten Mindesteinkünfte für gelohnte Arbeiter plus 30 Proz. für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen plus 15 Proz. gezahlt werden.

Um den gegen Zeitlohn beschäftigten Arbeitern während der Geltungszeit des Tarifs eine Lohn-erhöhung zu ermöglichen, wurde beschlossen:

Im Januar 1917 muß die Zentraltarifkommission zusammenzutreten, um in Beratungen über die Erhöhung der Stundenlöhne einzutreten.

Hierbei wurde vom Vertreter des Kriegsministeriums die Erwartung ausgedrückt, daß die Arbeiterorganisation den Fabrikanten die Arbeiter entziehen wird, die sich nicht dem Tarif fügen, weniger oder mehr zahlen. Das Beschaffungsamt wird niemandem Geheerstränge erteilen, die den Tarif nicht anerkennen. Diese Erklärung ist hochbedeutend, wenn man daran feilt, daß Geheerstränge nur noch vom Beschaffungsamt aus gegeben werden.

Die einseitige Regelung der Arbeitszeit war wiederum ein Streitobjekt, wobei es schien, als sollten die Verhandlungen daran scheitern. Die Arbeitgebervertreter aus dem Wuppertal wolle durchaus an der festgesetzten 8 Stunden Arbeitswoche festgehalten werden. Schließlich wurde eine Einigkeit dahin erzielt, daß für ganz Deutschland und für jeden Betrieb, in dem Militärarbeit angefertigt wird, die 8 Stunden Arbeitswoche eingeführt werden muß. Wohl ist für die Berliner Kollegenschaft dabei kein Fortschritt zu verzeichnen. Aber trotz können sie auf den Verzicht sein, wenn sie bedenken, daß für Tausende und Abertausende von Sattlergejellen und Lehrlingen eine Arbeitszeitverkürzung erreicht worden ist, die durch örtliche Verträge auf Jahrzehnte hinaus nicht zu erkämpfen möglich gewesen wäre. Die Vereinstimmung über die tarifliche Arbeitszeit hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Arbeitszeit.

a) Die regelmäßige Arbeitszeit für alle Betriebe beträgt pro Woche 53 Stunden. Die Einteilung der Arbeitszeit bleibt jedem Betriebe überlassen, jedoch an jedem Orte möglichst einheitlich.

An den Sonntagen von Erren, Pfingsten und Weihnachten wird nur 6 Stunden gearbeitet; ohne Lohnzahlung für Zeitlohnarbeiter.

b) Die auf Zeitlohn beschäftigten Personen erhalten vom Arbeitgeber angeordnete Feiertage entsprechend ihrem Verdienste (Zeitlohn) bezahlt.

Die Arbeitgeber beauftragten eine fünfjährige Vertragsdauer, während von unseren Vertretern zwei Jahre gewünscht wurden. Es kam eine Einigung auf drei Jahre zustande. Somit gilt der Vertrag vom 1. März 1915 bis 31. März 1918.

Wegen der Bedeutung des Reichstarifs im Leder- und Schuhindustrie wurde die Verhandlung zum Sonntag, den 31. Januar, eine Militär-Saffler-Konferenz einberufen, an der 17 Vertreter aus der Provinz und ebensoviel aus Berlin teilnahmen, um ihre Meinung zu den Vereinbarungen zu sagen. Nach eingehender Diskussion wurde in namentlicher Abstimmung ausnahmslos dem Reichstarif zugestimmt. Die Wahl der Mitglieder zum Zentraltarifamt wurde den Berliner Kollegen überlassen.

Auch der „Klav“ hat zum gleichen Tage und zum gleichen Zwecke eine Versammlung seiner Mitglieder nach Berlin einberufen. Das Resultat war aber ein Gegenstück. Die Arbeitgeber machten uns am 6. Verhandlungstage den Vorschlag, auf die 53-stündige Arbeitszeit im Wuppertal und anderen Gegenden zu verzichten. Auch sollten die Mindestlöhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nicht tariflich geregelt werden und die höchsten Ertragszuschläge nicht mehr wie 10 Proz. betragen. Ein wahrer Sturm der Entrüstung, wurde ein Parlamentsbericht-erhaltler schreiben, war die Antwort auf solch eine Zumutung. Klipp und klar erklärten unsere Vertreter, auf nichts eingehen zu können, was auch nur ein Jota von dem Vereinbarten abweicht. Wir wollen auch den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen einen Lohn schaffen, der ihnen die Erziehung ermöglicht. Das Annehmen des Ausschusses des „Klav“ ging auch den Berliner Fabrikanten zu weit. Sie ließen erklären, wenn die Herren aus dem Reich auf ihrem Beschluß bestehen bleiben, dann schließen sie allein auf der geschaffenen Grundlage mit uns einen Vertrag ab. Nun war die Entrüstung auf der anderen Seite des Hauses. Die Verhandlungen mußten abgebrochen werden. Nach einstündiger Pause waren die Arbeitgeber alle unter einen Hut gebracht und der Verbandsvorsitzende, Herr Wühlensfeld, erklärte, der Einigkeit und des Friedens wegen wolle der „Klav“ sich auf den Boden der vorliegenden Verhandlungen stellen.

Somit ist der Vertrag von beiden Teilen angenommen. An unseren Mitgliedern wird es liegen, ihn allerorts zu Durchföhrung zu bringen.

Der Raum unserer Zeitung gestattet uns nicht, noch ausführlicher auf die Verhandlungen einzugehen. Wir halten es daher für ratsam, wenn die Kollegenschaft die eigens dazu anberaumten Versammlungen besucht, um von ihren Vertretern das Ergebnis direkt entgegenzunehmen zu können.

Wenn wir uns ein Urteil über den Vertragsabschluss erlauben dürfen, so kann es nur so sein, daß in Würdigung aller Umstände unsere Vertreter ein hervorragendes Recht haben, stolz auf die getroffenen Vereinbarungen zu sein. Es wurde bei harter anstrengender Arbeit ein Werk vollbracht, um das uns die gesamte Arbeiterkassette beneidet. Ganz besonders ist die Regelung der Heimarbeit und des Zwischenmeisterstufens die Krone des ganzen Vertrages. Die einheitliche Arbeitszeit, die einheitlichen Löhne für alle Betriebe Deutschlands haben uns einen Boden geschaffen, auf dem wir unsere späteren Erfolge fest und sicher aufbauen.

Wachsen.

Wir groß dünkt dem Kinde nicht seine Heime Welt. Groß ist ihm der kleine Raum, in dem es lebt. groß die Heime Straße seines Städtchens, groß der kleine Platz. Und auch die kleinen Erlebnisse des Kindesalters sind ihm groß und wichtig, und erst je mehr es aus den Kinderjahren herauswächst, um so mehr verliert die Kleinheit für das Kind seine Größe. Nebenlich ist es auch in den Kindheitsjahren einer Gemeinschaft, eines Volkes. Wie groß und wichtig sind da nicht so manche Handlungen und Erlebnisse. Wie unendlich groß und weit scheint da nicht so manches Gebiet des Gemeinschaftslebens. Erst die höhere Stufe der Entwicklung läßt erkennen, wie weit man in all dem doch noch zurück war, wie klein der oder jener Schritt vorwärts zum Ziele, wie winzig dieses oder jenes Schaffen im Verhältnis zu dem, was noch zu vollbringen ist.

Es ist ohne Zweifel, daß wir heute noch in dieser Kindheitsjahre stehen, doch scheint es ebenso sicher, daß wir jetzt um ein Jahr älter geworden sind, daß der Krieg alle die ganze alte Unreife des sicherigen Denkens wenigstens abuen läßt. Wie beschränkt war doch der Horizont des Durchschnittsmenschen, wie engfüßend sein Herz. Jetzt sehen sie wenigstens ein höheres Ziel, ein gemeinsames Ziel. Und wenn auch nachher wieder ein Rückschlag eintritt, verloren geht dieses Erleben nicht, sondern es läßt den Menschen, wenn auch unmerklich, innerlich wachsen.

Die Vollendung aber bedeutet diese Bildung noch nicht. Um so mehr erhebt sich der Mensch aus den Jahren der Kindheit, je größer und weiter ihm die Welt ist, der sein Inneres gilt, je höher und weiter das Ziel. Und da ist die Menschheit der höchste Gemeinschaftskreis, die Menschheit der freien Völker, und das höchste Ziel der Vollendung ist die Unendlichkeit, die Unendlichkeit des Glücks. Nicht dieses oder jenes beschränkte Ideal, nein, immer höher und höher hinauf zum Glück, zum Menschenglück! Wer das erkannt hat, wer das mit warmem Herzen tief gefühlt, der ist jenen Kindheitsjahren entschwunden, der ist ein Mensch, den die Natur bereits reif gemacht zum höchsten Sehnen, Fühlen und Ahnen, der ist ein neuer, ein Zukunfts-, ein Edelmann.

Korrespondenzen.

Berlin. Die in unsern Verbände organisierten Militärattler nahmen bereits am Sonnabend, den 30. Januar, abends 6 Uhr, in einer gut besuchten Versammlung in Obiglos Festhalls den Bericht der bisherigen Verhandlungsergebnisse entgegen. Kollege Schulze wies einleitend auf die Vorkommnisse hin, die zu den Verhandlungen mit der Verwaltung des „Klab“ geführt haben. Sie sind bereits in unserer Zeitung eingehend beleuchtet worden, weshalb wir annehmen, unseren Lesern sind sie genügend bekannt, und wir ersparen uns deshalb hier deren Wiedergabe. Ebenso den Bericht über die fünfjährigen Beratungen. Ganz besonders wies Kollege Schulze darauf hin, daß es uns nach mehrstündigen Verhandlungen gelungen ist, daß die bisher gezahlten Löhne nebst Kriegszuschlag bis zum Inkrafttreten des Reichstatts gezahlt werden müssen. Das ist der 1. März 1915. Schwierig war auch die Regelung der Arbeitszeit, da noch im Wuppertal 60 Stunden, in Grotz 5 1/2 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Die Bekanntgabe der Mindestlöhne erregte großes Mißfallen in der Versammlung, welches durch die vereinbarten Ortszuschläge ein wenig gemildert wurde. Ganz besonders hob Nebner die Ertragskassette bezüglich der Heimarbeit und des Zwischenmeisterstufens hervor. Ueber die Frage der Stücklohnregulierung berichtete Kollege Niedeck, indem er auf die durchschnittliche Erhöhung um 15 Proz. und die Einheitslichkeit für das ganze Deutsche Reich hinwies, wodurch jede lästige Konkurrenz beseitigt ist. Nachdem in den Verhandlungen der Vertreter des Kriegsministeriums erklärt hat, den Tarif

bei allen Unternehmern zur Geltung zu bringen, den Kollegen gute Vorteile verschafft, schließt Nebner seine Ausführungen mit dem Wunsch, den Tarif gütlich aufzunehmen. In der Debatte weist ein Nebner auf die schlechte Bezahlung der Hilfsarbeiter hin und hofft, der Verband werde für Abhilfe sorgen. Ein anderer Kollege befreit der Verhandlungskommission das Recht, Tarife abzuschließen, ohne die Kollegen vorher zu fragen. Er fordert die Anwesenden auf, den Tarif abzulehnen. Kollege Störing hält den „Klab“ für eine Interessengruppe der alten Heereslieferanten, die uns jetzt einen Vertrag aufzutrotzen möchten, wovon nur sie Vorteile haben. Da wir jetzt noch nicht die zukünftigen Lebensmittelpreise kennen, dürfen wir heute noch nicht Löhne festsetzen. Aufdiskutieren lassen wir uns keinen Vertrag, weswegen wir ihn in der jetzigen Zeit ablehnen müssen, dann können die Militärattler nach dem Kriege die Situation für sich ausnutzen. Kollege Baensch tadelt den ungebührlichen Ton eines großen Teiles der Berammelten und sucht die Meinung zu zerstören, als haben die Organisationsvertreter nicht zur Genüge die Vorteile der Arbeiter gewahrt. Für seine Person hält er die Ertragskassette eine Ablehnung zum Schaden der Kollegenschaft auszusprechen würde. Kollege Fuchs erklärt sich mit den erzielten Löhnen wohl einverstanden, vermisst aber die Bemilligung von Ferien. Ein anderer Nebner wünscht die Lieferung von Haben und Wachs. Gauleiter M. schildert die äußerst schlechten Verhältnisse im Lande und hält das Vereinbarte für einen großen Fortschritt, den er mit Stolz seinen Mitgliedern verfallen wird. Höf-Littenbach freut sich, daß endlich in seinem Gau geordnete Zustände eintreten werden. In seinem Schlusswort mahnte Kollege Schulze die Anwesenden, die Vermissen gelten zu lassen. Wohl hätte er auch gern gesehen mehr zu erreichen. Der Vertrag bringt in allen Stücken Verbesserungen, so Stücklohnserhöhungen von 15-20 Proz. Bei Ablehnung der Vereinbarungen sind nur Verschlechterungen zu befürchten, was doch zum Nachdenken Veranlassung geben muß. Unser Eingriff hat den Kollegen die bisherigen Kriegslöhne und Zuschläge bis zum 1. März gesichert. Nicht die Berliner allein haben über Annahme und Ablehnung der Vereinbarungen zu entscheiden. Die Abstimmung wird durch eine Vertretung der von den Kollegen gewählten Vertrauensleute vorgenommen. Jetzt ist die Konkurrenz der Berliner Kollegen gedrückt, die Arbeit wird nicht mehr in den zurückgebliebenen Gegenden billiger hergestellt. Aber auch die Berliner haben einen Vorteil durch die Ertragskassette für die Hilfsarbeiter. Nebner ist für alle Zeiten stolz darauf, an dem Zustandekommen dieser Vereinbarungen mitgearbeitet zu haben. Diese Ausführungen werden mit großem Beifall aufgenommen. Darauf werden die Vertrauensleute beauftragt, an den Verhandlungen am 31. Januar teilzunehmen und die Abstimmung vorzunehmen. Es werden 17 Kollegen gewählt.

München. (E. 31. 1.) Am 16. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Unter Bekanntmachungen wurden der Versammlung die letzten Beschlüsse des Zentralvorstandes mitgeteilt, welche allgemeine Zustimmung erhielten. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden wäre zu entnehmen, der Krieg ein unentzweifelndes Ende nahmt, doch sind die Arbeiter gegenwärtig in besserer Verfassung als ihre Vorgesetzten, welche sich um brauchbare Leute sehr oft vergebens bemühen. Der Krieg ist auch in die Verwaltung ziemliche Räden, doch konnten dieselben sofort wieder geschlossen werden. Leider konnte die Verwaltung die „10 Proz. Ertragssteuer“, welche bei Ausbruch des Krieges vom Zentralvorstand beschlossen wurde, in München nicht durchdrücken, doch ist es gelungen, unserer Pflicht nachträglich einigermaßen nachzukommen. Von der Verwaltung wurden auch, wo es möglich war, Vorteile für die Kollegenschaft herausgeholt; der Berliner Tarif ist ziemlich in allen einigermassen in Betracht kommenden Verhältnissen anerkannt, ebenso erhalten unsere Leute zum weitesten großen Teil die Kriegszulage. Nur wo die Arbeiter mit uns keine Füllung haben und in der Heimarbeit herrschen nicht gerade rofige Zustände, doch sind wir daran, überall etwas hinzuleuchten.

228 neue Mitglieder haben wir neu genommen, welche zum größten Teil dem 4. Quartal zuzurechnen. Kurz nach Kriegsausbruch zahlten wir an 190 Mitglieder; der Ausfall ist also schon wieder weit mehr als gutgemacht. Leider zeigt die Bilanz nicht das selbe günstige Bild; wir haben bedeutend weniger Geld hereinbekommen als im vorigen Jahr, was wohl hauptsächlich den Zerrüttungen im 3. Quartal zuzuschreiben ist. Aber da jetzt wieder alles geordnet ist, werden wir wohl wieder in kürzester Zeit die Scharte ausgeglichen haben.

Dem Rate des Zentralvorstandes Rechnung tragend, befehlen die bisherigen Ausschussmitglieder ihre Konten; nur einige Ertragskassette wurden vorgenommen.

Hoffen wir, daß es uns gelingt, die Organisation so zu gestalten und zu stärken, daß unsere im Felde stehenden Kollegen bei ihrer Rückkehr zufrieden sind mit uns und erklären können: „Auch ihr habt zu Hause Euren Mann gestellt!“

Gemeinn. (E. 1. 2.) Am 21. 1. fand im Lokal „Stadt Meien“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Giesler gab die Abrechnung vom 1. Quartal, sowie das Ergebnis der Ertragskassette durch Sammellisten bekannt. Letztere ergab eine Einnahme von 403,30 Mk. In die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis jetzt 354,11 Mk. ausgezahlt. Den Jahresbericht gab Kollege Emrich. Ganz besonders fiel die hohe Zahl für Arbeitslosenunterstützung auf. Eine Veranlassung des Gesamtvorstandes wurde nicht vorgenommen, nur die Wahl von 2 Beisitzern machte sich nötig. Die Versammlungen werden von jetzt ab jeden Sonntag nach dem 15. des Monats abgehalten. Ferner teilte ein Kollege mit, daß die Wahlversammlung des Stellenausschusses der Junung wiederum auch dieses Jahr nochmals wegen zu schwacher Beteiligung verschoben werden mußte. Mehrere Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Somit macht sich auch hier der florierende Geschäftsgang bemerkbar.

Soziales.

Kriegsversicherung und Landesversicherungsanstalten. Wie die Landesversicherungsanstalt in Elbaf-Pohringen zählt auch diejenige des Großherzogtums Oldenburg Zuschüsse zur Versicherung ihrer am Kriege teilnehmenden Mitglieder bei der Kriegsversicherungsanstalt der „Volksfürsorge“. Die Anstalt hat zur Vürsorge für Hinterbliebene gesellener Versicherter und Förderung der Kriegsversicherung 60 000 Mk. ausbezahlt und zählt zu jeder Kriegsversicherung einen Zuschuß von 5 Mk.; wenn für den Versicherten 25 Mk. oder mehr eingezahlt werden, gibt die Anstalt einen Zuschuß von 10 Mk. Da die Konsumvereine in Oldenburg und Müringen die Kollektivversicherung ihrer Mitglieder in die Hand genommen haben, kommt diese erfreuliche Hilfe nach dem Krieg aus den Angehörigen zahlreicher Versicherter der „Volksfürsorge“ zugute.

Rundschau.

Der Krieg und die Anerkennung konsumgenossenschaftlicher Grundfälle. Augenblicklich ist viel von Sparfamkeit die Rede. Die durch den Krieg herbeigeführten wirtschaftlichen Verhältnisse fordern dringend hausfälligeres Umgehen mit den Nahrungsmittelvorräten. Es handelt sich weniger um den Versuch, mit weniger Ernährungsstoffen auszukommen als darum, die zur Ernährung nötigen Stoffe durch bessere Ausnutzung der Nahrungsmittel zu finden. Wenn alle zur deutschen Volkswirtschaft gehörenden Verbraucher bisher zu ihrer Ernährung eine bestimmte Menge Eiweiß, Fette und Kohlehydrate benötigten und die Abspeicherung Deutschlands vom Auslande die Einfuhr dieser Stoffe verhindert, so muß der Versuch gemacht werden, diese Stoffe in ausreichender Menge in den heimischen Nahrungsmitteln zu finden. Erreicht man diese Aufgabe, hat dieser Versuch die denkbar beste Aussicht zu gelingen.

Bisher ging die Volkswirtschaft vornehmlich davon aus, Nahrungsmittel und andere Bedarfsgüter herzustellen, um durch deren Verkauf möglichst viel an Geldwert einzutauschen. Nur die Konsumgenossenschaften machten hier eine Ausnahme. Für sie besteht der Begriff Gewinnerzielung weder in der Herstellung noch in der Verteilung von Bedarfsgütern. Für die Konsumgenossenschaften besteht nur die Frage: Was brauchen wir zu unserer Ernährung, Bekleidung, Erwärmung; was haben wir für Stoffe und Mengen nötig; wie können wir mit dem vorhandenen möglichst sparsam wirtschaften, d. h. möglichst viel erreichen? Im Mittelpunkt der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise steht bei der Nahrungsmittelherstellung und -verteilung unveränderlich die Forderung nach dem höchsten Nährwert und nicht jene nach dem höchsten Geldwert. Die harte Faust des Krieges schiebt nun alle Genossenschaften zur Seite, deren Berechtigung manchen Leuten auf ewige Zeiten festgelegt schien.

Die Ernährung soll durch Vermeidung jeder Vergewandung von Nahrungsmitteln gesichert werden. Die zur Ernährung nötigen Grundstoffe, Eiweiß, Fette, Kohlehydrate, die in den bisher gewohnten Formen nicht genügend zu haben sind, sollen durch eine allmählich vor sich gehende Änderung der Ernährungsweise gewonnen werden. Diese Grundstoffe müssen nicht aus dem Tierreich kommen, auch die Pflanzenstoffe führt dem Körper Eiweiß und Fette zu. Kurz gesagt, es ist eine Umwandlung innerhalb der Ernährungsweise notwendig, die der Forderung: höchster Nährwert bei Ausnutzung aller, auch der geringfügigsten Möglichkeiten gerecht wird. Dieser echte konsumgenossenschaftliche Grundfall soll zur allgemeinen Anerkennung gelangen, worüber die organisierten Konsumenten gewiß Freude empfinden dürfen.

Sie werden es auch sein, die ihre Ernährungsweise aus freier Selbstentscheidung auf die nun einmal gegebenen Verhältnisse einstellen. Ihr Beispiel wird auch hier als Ansporn wirken.

Was kostet der jetzige Krieg? Diese Frage hat Geheimrat Prof. Julius Wolf in einem Vortrage, den er in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg hielt, beantwortet; Wolf berechnete die Kriegskosten für Deutschland unter Zugrundelegung von 6 bis 6 1/2 Millionen Soldaten auf 40 Millionen

Mark täglich, für Oesterreich-Ungarn auf die Hälfte. Ausgesamt sind die täglichen unmittelbaren Kosten des Weltkrieges 140 bis 150 Millionen. Die Einbuße an Volkseinkommen infolge des Krieges ist etwa ein Drittel des Volkseinkommens, das sich bei uns normal auf 40 Milliarden im Jahre beläuft, im Vierteljahr auf Seite des Zweibundes 5 1/2 bis 6 Milliarden, bei unseren Kriegsgegnern 10 1/2 bis 11 Milliarden. Die Opfer sind so ungeheuer, wie niemals vorher in der Weltgeschichte.

Sterbetafel.
Den Heldenod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:
Wilhelm Fidler - Widoisheim,
21 Jahre alt; Heinrich Pellingner -
Kürnberg, 24 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

ANZEIGEN

Sattler
für Tornisterbau finden bei höchsten Tariffüssen dauernde Beschäftigung bei
Kunstanstalt B. Groß, U.-G.,
Köln, Eisenburger Straße 1-3.

Tücht. Geschirrsattler
auf Trainingschirme bei hohen Löhnen und hoher Kriegszulage gesucht.
Riemenfabrik Jung-Kirchen a. Sieg.

Sattler
auf Pferdegeschirre, gut eingearbeitete, fleißige, zuverlässige und tüchtige Leute, in dauernde und gut lohnende Beschäftigung
— sofort gesucht. —
Vereinigte Fabriken C. Maquet G. m. b. H.,
Heidelberg, Eppelheimerstr. 17/19.

Tüchtige
Gamaschenmacher
bei hohem Lohn sofort gesucht. Offerten unter 742 an die Expedition dieser Zeitung.

Sattler
auf Militäreffekten u. Tornister
gegen guten Lohn für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Einmalige Reise nach Hannover wird nach reichswöchentlichem Hiersein vergütet.
Heinrich H. Gredenstein,
Militäreffekten- und Reiseartikel-Fabrik,
Hannover.

Tüchtige, auch jüngere
Sattler
finden lohnende und dauernde Beschäftigung auf Militärbreit. Sehr gute Bezahlung nebst hoher Kriegszulage!
L. Estelmann,
Fabrik für Heeresausrüstung,
Straßburg i. G., Tränkgaße 9.

Wertführer - Gesuch.
Leistungsfähige Stofffabrik in Kleinstadt sucht per sofort einen tüchtigen
Werkführer
mit langjähriger Praxis auf Wapp- und Fibrestoffen. Für wirklich tüchtige Kraft sichere und angenehme Lebensstellung bei hohem Gehalt. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Einsendung von Zeugnisabschriften erbeten unter N. N. 280 an Rudolf Woffe, Magdeburg.
Segeltuch-Tornister,
Lebergarnituren dazu stellen her
Bergenthalswerke, Halle (Westfalen).

Sattler, Polsterer.
Mehrere auf Pferdegeschirre gut eingearbeitete, tüchtige, fleißige und zuverlässige Sattler; ferner desgleichen mehrere tüchtige Tischler auf Sanitätskassen usw. sowie mehrere Polsterer auf Segeltucharbeiten in dauernde, gut lohnende Beschäftigung
sofort gesucht.
C. Maquet, G. m. b. H., Heidelberg,
Sanitätsapparate- und Militäreffekten-Fabrik.

Tüchtige Sattler
auf Sättel, Sattellisten, Packtaschen, Riemenzeug zu hohen Löhnen und Zuschlägen für dauernd gesucht. Reisegeld wird vergütet.
S. Adam, Sattlerei-Abteilung,
Berlin, Köpenicker Straße 152.

Zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht
tüchtige selbständige
Arbeiter
auf Rund- und Kordelschnur.
Angebote zu richten unter N. N. 4761 an Rudolf Woffe, Berlin SW.

Wertmeister,
erste Kraft für Geschirre- und Reitutenfilien, findet bei gutem Gehalt dauernde Stellung. Meldungen schriftlich mit Zeugnisabschriften.
Adalbert Fischer, Sattlerwarenfabrik,
Berlin, Spandauer Straße 23.

Sattler - Ahlen, das Beste vom Besten!
- Nadeln „E. D. EL“ in Güte unerreicht!
- Werkzeuge, größte Auswahl, feinste Qualität.
Ebeling & Dühlmeyer, Elberfeld.

Rollschnallen,
14 bis 21 Millimeter,
Tornisterhaken
fabriziert
Christian Otto Eck, Brotterode i. Thür.

20000 Meter Zeltbahnstoff
vordrucksmäßig, 94 cm breit, Januar-Februar à 1,72 Mk., abzugeben. Offerten unter 757 an die Expedition dieses Blattes.

Über 100000 Meter Zelttuch
94 cm breit, eichfeldgrau, wasserfest, per Januar, Februar, März à 1,06 Mk., abzugeben. Offerten unter 758 an die Expedition dieses Blattes.

Kanarienhähne (St. Seifert)
flotte Säger, im Preise von 6, 8, 10 Mk. und höher, verkauft **G. Friedrich, Gieslern, Jüdenhof 5.** Lebende Ankunft wird garantiert.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franco.